

Das Digitale NRW 2030

Digitales und Arbeit

Kaum ein Phänomen durchdringt die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens so sehr wie die Digitalisierung. Sie verändert die Arbeitswelt, die Kommunikation, das soziale Leben, die Freizeit und den Alltag. Die rapide Entwicklung allein in den Jahren seit der Jahrtausendwende lässt uns fragen: Wie sieht das digitale NRW im Jahr 2030 aus? Zwar kann niemand die Zukunft vorhersagen, Szenarien entwickeln aber schon.

Mit der Veranstaltungsreihe „Das Digitale NRW 2030“ möchte das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Vertreter_innen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbänden zu verschiedenen Themen Zukunftsszenarien entwerfen und so einen Beitrag im Diskurs über die Herausforderungen des digitalen Wandels leisten.

Wie können positive Potenziale der Digitalisierung für die Arbeitswelt genutzt und die negativen abgewendet werden? Wird es ein Mehr an Zeitsouveränität und größere Unabhängigkeit vom Arbeitgeber geben oder geht die Entwicklung hin zu einer immer stärker getakteten, kontrollierten, ins Private eingreifenden Arbeitswelt? Wie kann Arbeit in einer durch und durch digitalisierten Welt aussehen?

Zum dritten Zukunftsworkshop der Reihe lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Mai 2015 nach Düsseldorf ein, um sich dem Thema „Arbeit und Digitales - 2016 und 2030“ zu widmen.

Michael Hübner MdL unterstrich in seinem Grußwort die enorme Bedeutung der Digitalisierung. Es sei von großer Bedeutung, die möglichen Auswirkungen des digitalen Wandels zu thematisieren und auch zu diskutieren, welche Aufgaben dadurch auf die Landespolitik zu-



kommen. So sei es bei der Digitalisierung besonders wichtig, ihr Veränderungspotenzial für die Beziehung zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen zu beachten.

Wandel der Arbeitswelt und Entgrenzung von Ort und Zeit



Cornelia Daheim, Zukunftsforscherin bei Future Impacts Consulting, nannte die Digitalisierung einen weitreichenden strukturellen Wandel und verglich ihn mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert. So stelle die Digitalisierung auf lange Sicht unsere Vorstellungen und die Organisation von Arbeit in Frage. Mit Smartphone, Cloud

und Laptop sei die Arbeit immer dabei, wodurch wissensbasierte Arbeit schon heute ortsunabhängig geleistet werden könne. Dies schaffe Potenziale für flexibles und familienfreundliches Arbeiten, etwa von zuhause aus. Durch die zunehmende Auflösung von Arbeit und Privatem würden einerseits Räume für Selbst- und Mitbestimmung geschaffen. Andererseits beinhalte dies die Gefahr, dass permanente Erreichbarkeit und permanentes Arbeiten überhandnehme. Ebenso sichtbar sei der strukturelle Wandel am „MicroWork“- Phänomen, in dem kleine Arbeitsaufträge an Externe auf der ganzen Welt vergeben werden. Daheim erklärte, dass dies natürlich ein großes Mehr an Flexibilität schaffe, die Wirkungen jedoch oft problematisch seien: „Arbeitnehmer_innen sind als Selbstständige dem Preisdruck ausgeliefert, der nach dem Prinzip der Unterbietung funktioniert.“ Dementsprechend müsse es für die Politik darum gehen, den entsprechenden rechtlichen Rahmen zu gestalten.

Respekt, aber keine Panik vor der Automatisierung

Darüber hinaus stelle sich die Frage, so die Zukunftsforscherin weiter, wie viel Arbeit aufgrund der fortschreitenden Automatisierung von Prozessen noch von Menschen übernommen werden könne, wie Arbeit neu verteilt werde und was mit gewonnener Zeit geschehe. Der genaue Verlauf dieses Prozesses sei schwer vorherzusagen, prognostiziert werde zunächst der deutliche Verlust von Arbeitsplätzen im Büro- und Sekretariatsbereich sowie in der Logistik. Demgegenüber würden jedoch neue Berufe vom Algorithmus-Ethiker bis zum

Bio-Ingenieur stehen. Für Deutschland und NRW zeigten Studien Wachstum in High-Tech-Branchen sowie in personennahen Dienstleistungen (z.B. Pflege, Erziehung). Daheim unterstrich: „Je besser die Qualifikation bzw. Bildung einer Person, desto niedriger ist das Substituierbarkeitsrisiko.“ Dementsprechend müssten Arbeitnehmer_innen vor allem auf den Umgang mit neuen volatileren Arbeitsumfeldern vorbereitet werden und der Erwerb digital-technologischer Kompetenzen stärker gefördert werden.

Digitalisierung in NRW – gute Rahmenbedingungen durch Vielfalt und Wachstum

Für Nordrhein-Westfalen sah Daheim durchaus positive Aussichten. Bei einem Wachstum von durchschnittlich 1,5 % sei die Digitalisierung wirtschaftlich gut eingebettet. Für Kernbranchen würden zusätzliche Umsätze von etwa 16 Milliarden Euro prognostiziert. Ebenso wichtig sei aber auch die Erfahrung des Landes mit strukturellen Umbrüchen. Weiter erklärte sie, dass der relativ hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und die Erfahrung mit Vielfalt am Arbeitsplatz ein wichtiger Baustein sei.

Valentina Kerst, Geschäftsführerin der Strategischen Internetberatung topiclodge, zeigte Verständnis für die Sorge, dass Maschinen Menschen die Arbeit wegnehmen könnten. Gleichzeitig wies sie aber auch darauf hin, dass die Arbeit der Maschinen ja auch gesteuert werden müsse. Dennoch wäre es nicht falsch, bei einem effektiven Wegfall von Arbeit auch über Projekte wie die 30-Stunden-Woche, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Maschinensteuer nachzudenken. Sie betonte, dass Digitalisierung nicht Prekariat bedeute. Weiter kritisierte sie, dass digitale Bildung in Deutschland kaum stattfinde. So seien Lehrer oftmals selber noch nicht in der digitalen Welt angekommen, ebenso seien (Weiter-)Bildungsinstitutionen schlecht ausgestattet. An dieser Stelle nahm sie vor allem Länder und Kommunen in die Pflicht und wies beispielsweise darauf hin, dass in Linz alle Bürger_innen von der Stadt kostenlos digitalen Webespace zu Verfügung gestellt kriegten.



„Die Arbeit muss sich dem Menschen anpassen und nicht umgekehrt.“

Jörg Passlack, Seniorberater bei m5consulting, berät Betriebsräte beim Thema Digitalisierung und unterstrich, dass diese fürs Gemeinwohl gestaltet werden müsse. „Die Arbeit muss sich dem Menschen anpassen und nicht umgekehrt“ zitierte er den finnischen Wissenschaftler Juhani Ilmarinen. Passlack wies darauf hin, dass bei alternativen Organisations- und Arbeitsstrukturen aufgrund von Entgrenzung rechtliche und betriebliche Regelungen zu Ruhezeiten, Arbeitszeiterfassung oder Weiterbildungsmaßnahmen geschaffen werden müssten. Dazu stelle sich die Frage, wie mit gewachsenen Machtstrukturen umgegangen werde, wie sich Führungskulturen verändern würden und wie Mitbestimmung sichergestellt werde, wenn das Büro als klassischer Arbeitsort auf dem Rückgang sei.



Christina Schildmann, Leiterin des wissenschaftlichen Sekretariats der Kommission Arbeit der Zukunft der Hans-Böckler-Stiftung, prognostizierte einen „zentralen Wandel“ in der Arbeitswelt. Sie betonte, dass aufgrund der Digitalisierung Berufe nicht einfach verschwinden, sondern sich vor allem verändern würden und wegfallende Arbeit an anderer Stelle neu entstehe.

Entscheidend sei außerdem, wie sich die Arbeitsteilung etwa von Staat, Sozialpartnern, Unternehmen etc. im digitalen Kontext neu ordne - beispielsweise im Bereich der Weiterbildung. Bezugnehmend auf den gesamten Prozess der Digitalisierung unterstrich Schildmann, dass man einen „digitalen Interessenausgleich“ brauche, in dem Rechte, Pflichten und Freiheiten von Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen neu vereinbart werden müssten.

In der anschließenden Diskussionsrunde, moderiert von Kay Bandermann, wurde herausgestellt, dass es gerade bei Themen wie Entkoppelung von Zeit und Ort kein Schwarz und Weiß gebe. Cornelia Daheim betonte, dass es nicht darum gehe, möglichst viele Arbeitnehmer_innen ins Home Office zu bringen, sondern für jede Person individuelle Möglichkeiten

zu schaffen. Weiter wurde die Frage, ob Digitalisierung nicht nur bei Wissensarbeit relevant sei, kontrovers diskutiert.

Michael Hübner resümierte in seinem Schlusswort, dass Digitalisierung auf einem „ganz hohen Niveau“ diskutiert wurde und unterstrich, dass die Politik beim Thema digitaler Wandel nicht in Legislaturperioden denken dürfe. Nun müsse weiter daran gearbeitet werden, die Digitalisierung in einen sinnvollen rechtlichen und politischen Rahmen einzubetten.

Textautor: Damian Jordan

Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Natascha Krieger, Friedrich-Ebert-Stiftung